

107. Abgeordneter
Florian Hahn
(CDU/CSU)
- Beziehen sich die Aussagen der Bundesministerin der Verteidigung Christine Lambrecht zur Bitte um Geheimhaltung von Waffenlieferungen durch die Bundesregierung (vgl. www.welt.de/politik/deutschland/plus238124723/Waffenlieferungen-an-Ukraine-Widersprueche-in-Lambrechts-Darstellung.html) nur auf die Aussagen der stellvertretenden ukrainischen Verteidigungsministerin Hanna Maljar in der Twittermeldung des „The Kyiv Independent“ über die ungewollte Veröffentlichung von Waffenlieferungen (vgl. Tweet des Bundesministeriums der Verteidigung vom 4. April 2022 mit einem Verweis auf eine Twittermeldung des „The Kyiv Independent“ https://twitter.com/BMVg_Bundeswehr/status/1510926784312881152?cx_t=HHwWgMC9yfb58fcpAAAA), und wenn nein, auf was beziehen sie sich genau?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Siemtje Möller
vom 15. Juli 2022**

Zu den Inhalten vertraulicher Gespräche auf höchster politischer Ebene – also Bundesminister- und Staatssekretäresebene, zwischen der Bundesregierung und vergleichbar hochrangigen Vertretern ausländischer Regierungen – erteilt die Bundesregierung grundsätzlich keine Auskünfte. Diese stellen Akte der Staatslenkung und unmittelbares Regierungshandeln dar, welches zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung gehört. Die Vertraulichkeit der Beratungen und der Kontakte auf bilateraler höchster Regierungsebene bleiben entscheidend für den Schutz der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland.

108. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern haben das Bundesverteidigungsministerium bzw. die Bundeswehr je mit der türkischen Firma TÜB TAK Defense Industries Research and Development Institute zusammengearbeitet, und welche Ausfuhrgenehmigungen wurden zugunsten der Firma erteilt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Hitschler
vom 15. Juli 2022**

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse hinsichtlich einer Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung bzw. der Bundeswehr und der Firma TÜBITAK Defense Industries Research and Development Institute vor.

Die Frage wird so verstanden, dass sie sich auf Ausfuhrgenehmigungen von Rüstungsgütern im Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis zum 5. Juli 2022 bezieht. Für den Endverwender TÜBITAK SAGE (The Scientific and Technological Research Council of Türkiye, Defense Industries Research and Development Institute) ist im Jahr 2020 eine Ausfuhrgenehmigung für Rüstungsgüter im Wert von 616 Euro (Ausfuhrlistenposition A0008; Referenzmaterial für Laboranalytik) erteilt worden. Die

Angaben beruhen auf händischen Auswertungen einer Vielzahl von Einzelvorgängen, die keine Gewähr für lückenlose Vollständigkeit oder Reproduzierbarkeit bieten.

109. Abgeordneter
**Roderich
Kiesewetter**
(CDU/CSU)
- Warum lässt Deutschland seine militärischen Einrichtungen/Standorte etc. auf Google Maps nicht wie andere Länder „verpixeln“?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Siemtje Möller
vom 15. Juli 2022**

Das Unkenntlichmachen von militärischen Einrichtungen/Standorten auf google maps würde die Militärische Sicherheit nicht erhöhen. Aufgrund der vergleichsweise niedrigen Auflösung der Satellitenbilder einerseits und dem großen zeitlichen Versatz in der Aktualisierung dieser Darstellung ergibt sich nur ein geringer Erkenntnisgewinn.

Überdies würde das Unkenntlichmachen einen unverhältnismäßigen Fokus auf diese Liegenschaften lenken.

110. Abgeordnete
Kerstin Vieregge
(CDU/CSU)
- Wann und durch wen wurde die Bundesregierung von der ukrainischen Regierung darüber unterrichtet, dass seitens der Ukraine keine Bitte um Geheimhaltung erfolgter Waffenlieferungen mehr bestehe und somit am 21. Juni 2022 die Bundesregierung auf ihrer Webseite, jene Liste offenlegen konnte, welche bis dahin nur in der Geheimchutzstelle des Deutschen Bundestages für Abgeordnete aus den ausgewählten Ausschüssen einsehbar war?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Siemtje Möller
vom 15. Juli 2022**

Zu den Inhalten vertraulicher Gespräche auf höchster politischer Ebene – also Bundesminister- und Staatssekretäresebene, zwischen der Bundesregierung und vergleichbar hochrangigen Vertretern ausländischer Regierungen – erteilt die Bundesregierung grundsätzlich keine Auskünfte. Es handelt sich hierbei um Akte der Staatslenkung und somit unmittelbares Regierungshandeln, das zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung gehört. Die Vertraulichkeit der Beratungen und der Kontakte auf Regierungsebene sind entscheidend für den Schutz der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland.